

# Protokolleintrag vom 09.02.2011

2011/52

**Erklärung der SP-Fraktion vom 09.02.2011:**

**Streichung der Lunch-Checks der städtischen Angestellten**

Namens der SP-Fraktion verliest Jacqueline Badran (SP) folgende Fraktionserklärung:

Offener Brief an Gastro Zürich-City:

Streichung der Lunch-Checks der städtischen Angestellten

Sehr verehrter Gastgewerbeverband Zürich

Wir danken Ihnen für Ihren Brief an alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Darin stellen Sie fest, dass die unnötige Kürzungsübung der bürgerlichen «Kürzungscoalition» dem Gastgewerbe massiv schadet und zahlreiche Arbeitsplätze gefährdet. Ausserdem werde auf dem Buckel der städtischen Angestellten gespart, die ja kein Verschulden an der Finanzlage treffe.

Sie argumentieren damit gleich wie wir. Über diesen Perspektivenwechsel freuen wir uns sehr. Dies umsomehr, als dass wir über Jahrzehnte davon ausgehen konnten, dass Sie konsequent die bürgerliche Politik unterstützen und die Politik der SP als gewerbefeindlich betrachteten.

Die Kürzungsrunde schadet nicht nur dem Gastgewerbe und dem städtischen Personal; auch das Bau- und Dienstleistungsgewerbe wird empfindlich getroffen: Die Stadt Zürich ist nämlich eine der grössten Einkäuferinnen von solchen Leistungen.

Wir sind stolz darauf, dass wir mit unserer finanzpolitischen Strategie bislang Investitionen von jährlich rund 800 Millionen Franken finanzieren und damit dem Gewerbe hohe Auftragsvolumen sichern konnten. Gleichzeitig konnten wir – sicherlich ebenfalls in Ihrem Sinn – die Steuern um 11 Prozentpunkt senken, Schulden von 3,5 Milliarden Franken abbauen und fast 1 Milliarde Franken an Reserven anlegen, um Sparübungen wie die aktuelle unnötig zu machen. Die Finanzkrise kam für uns nicht überraschend. Entsprechend wollten wir vorsorgen, um Einnahmehausfälle nicht zuletzt fürs Gewerbe zu vermeiden.

Sie beklagen, dass dem Gastgewerbe durch die Streichung der Lunch-Checks 18 Millionen Franken direkt entzogen werden. Das ist viel Geld. Wussten Sie auch, dass, wenn die Mieten in der Stadt Zürich um nur 100 Franken pro Haushalt und Monat steigen, 250 Millionen Franken in den Taschen der Haushalte fehlen? Das ist noch viel mehr Geld, das die Einwohnenden nun weder im Restaurant noch beim Coiffeur noch für andere Leistung des Gewerbes ausgeben können.

Wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass Sie unsere Politik für zahlbare Wohn- und Gewerberäume vehement unterstützen werden. Denn dann bleibt den Menschen mehr Geld im Portemonnaie, das beispielsweise in den Restaurants Ihrer Mitglieder ausgegeben werden kann. Auch günstige Gewerberäume sind für Sie wichtig, da Ihren Mitgliedern so mehr Gewinn bleibt.

Gemeinsam können wir feststellen, dass gewerbefreundliche Politik nicht nur aus Parkplatzpolitik und Bürokratieabbau besteht. Die meisten ärgerlichen Vorschriften stammen übrigens vom bürgerlich regierten Kanton oder vom Bund.

Wir freuen uns auf eine Zusammenarbeit mit Ihnen. Und in Sachen Wiedereinführung der Lunch-Checks, sichern wir Ihnen unseren vollen Einsatz zu.

Mit einvernehmlichen Grüssen, ihre SP